

# Beiförß-Zeitung

## Blätterzeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heilste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Pf. ohne Infrage. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Berichter: Amt Dippoldiswalde Nr. 3, Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbaupräsidenten, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inserationsgebühren 10 Pf. außerhalb der Hauptbaupräsidialen 12 Pf. im amtlichen Teil (außer von Behörden) bis Zeile 200 12 Pf. — Ganzseitig und Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 97

Mittwoch den 26. April 1922

88. Jahrgang

### Amtliche Bekanntmachung.

### Sächsische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft betr.

Das Verzeichnis der zur Sächsischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gehörenden Betriebsunternehmer in der Stadt Dippoldiswalde liegt mit der Heberolle vom 26 April d. J. ab im Rathaus, II. Obergeschoss, Versicherungsamt, zwei Woeden lang zur Einsicht für die Beteiligten aus, damit dieselben in der Lage sind, die auf das Jahr 1921 vorgenommene Beitragsberechnung zu prüfen.

Wir bringen dieses hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß die Einhebung der Beiträge in den nächsten Tagen von hier aus erfolgen wird.

Einsprüche der Unternehmer gegen die Beitragsberechnung sind binnen einer weiteren, am 10. Mai d. J. beginnenden Frist von zwei Wochen direkt an den Genossenschaftsvorstand (Geschäftsstelle Dresden-A., Wiener Platz 1, 1, Eingang A) zu richten. Der ausgeworfene Beitrag ist jedoch unangehtet des Einspruchs in vater Summe zu zahlen.

Die Veranlagung und die Abrechnung können nicht angefochten werden, wenn sie bereits auf Grund von § 12 Absatz 3 und 4 oder § 13 Absatz 1 und 2 des Landesgesetzes angefochten werden können (§ 14 Absatz 6 des Landesgesetzes vom 4. 12. 1912).

Dippoldiswalde, am 22. April 1922. Der Stadtrat

### Verteiltes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Das Reichswietengesetz wirkt seine Schaden voraus. Allerdings verhandelt man gegenwärtig über die sogenannte "Grundmiete", die auf der Friedensmiete basiert und die Grundlage für die zukünftige "gelebte Miete" bildet. Auch der hiesige Hausbesitzerverein beschäftigte sich damit. In verschiedenen Orten ist von den Hausbesitzern bereits am 1. April die gesetzliche Miete beantragt worden in der Meinung, diese trete dann am 1. Juli in Wirkung. Nach einer juristischen Auslaßung in den jüngsten Nummern des Reichs-Arbeitsblatts ist das ein Irrtum. Das Gesetz tritt am 1. Juli in Kraft und deshalb könne frühestens an diesem Tage die gelebte Miete beantragt werden. Sie tritt dann bei der hier wohl allgemein üblichen vierjährlichen Mietzahlung am 1. Oktober in Kraft. Der Antrag kann sowohl vom Mieter, wie vom Hauswirt gestellt werden. Es muß schriftlich geschehen. Dem Antrag ist ohne weiteres stattzugeben. Wird kein Antrag gestellt, bleibt bei freier Vereinbarung, bei der "vertraglichen Miete". Die Landesregierungen können das Gesetz auch zu einem früheren Termin in Kraft setzen. Aus technischen Gründen wird das aber kaum möglich sein, da vorher die Grundmiete und die Zuschläge für den Hausbetrieb (Steuern, Abgaben usw.) in d. für die Instandhaltung erzielt seistehen müssen. Das Gesetz bringt dem Hausbesitzer zwar keinen Gewinn, gibt aber wenigstens die Mittel zur Vornahme der notwendigen Reparaturen. Die Furcht vor dem gänzlichen Verfall der Wohnhäuser besonders in den Großstädten — zweifellos mit einer Folge der unglücklichen Wohnungspolitik der letzten Jahre — ist wohl einer der Hauptgründe für das ganze Gesetz gewesen.

Der Verkehr auf dem Jahrmarkt war auch gestern sehr regen; ob auch das Geschäft, sei dahin gestellt. Bestimmt aber war der Markttag unökologisch aus durch das viele umherliegende Papier. Das vom Sonntag war noch dabei. Unseres Wissens ist die Säuberung des Marktplatzes während des Jahrmarktes nach einem unter Bürgermeister Dr. Hornig geschlossenen Beschlusse der städtischen Kollegen Sachse der Schützengesellschaft, die ja die Einnahmen hat. Freilich wäre die Sache einfacher, wenn jeder seine Papierabfälle einstieße. Über leichter holt man den Mond herunter, als daß man die große Masse in dieser Hinsicht an Ordnung gewöhnt.

Um Jahrmarktsmontag früh in der 4. Stunde ist in der Nähe der Gleisähnlichkeit auf der Reinholdshainer Straße von zwei Lehrlingen ein herrenloses Fahrrad gefunden worden. Am Fundort war eine Blutlache zu sehen. Das Rad befindet sich in der Polizeiwache.

Um 1. Mai wird im Freistaat Sachsen der Postdienst, vor allem der Schalter- und Postdienst wie an Sonntagen verrichtet.

Die Vereinstage für Innere Mission, die großen Jahresversammlungen des Landesvereins für Innere Mission und ähnlicher Verbände des Landes finden in diesem Jahre in den Tagen vom 30. April bis 3. Mai in Dresden statt.

Auf der Hauptversammlung des Landesvereins steht die Frage der Jugendbewegung mit einem Vortrag vom Reichswart der Evangelischen Jungmännerbünde in Deutschland, Pfarrer Viz. Stange, Leipzig: "Unser evangelisches Jugendwerk innerhalb der Krisis des Gegenwart". In der Abendversammlung wird über zwei Werke berichtet, die auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken können: Die Diakonieanstalt Moritzburg und das Kinderärztinnesseminar in Niederlößnitz. Dazu kommt ein Vortrag vom Stadtmissionsinspektor Schepel, Berlin, über: "Missionstrupp, Selbstlebtes aus Stadt- und Landmission." Besondere Versammlungen halten ab: der Landesverband für die weibliche Jugend, der sächsische Rettungshausverband, der Landespreisverband, der Verein zur Hebung der Sittelichkeit, der Sächsische Hauptmissionsverein und die Missionskonferenz. Eingehende Pläne sind von der Geschäftsstelle des Landesvereins für Innere Mission, Dresden-A., Ferdinandstraße 19, unentgeltlich zu beziehen. Dort werden auch den auswärtigen Gästen nach Möglichkeit Freiwohnungen vermittelt.

Am 23. April hielt die Sattler-, Riemer- und Tapezierer-Abwaltung zu Dippoldiswalde ihr Osterquartal ab. Es fanden 2 Losprecherungen und 2 Aufnahmen von Lehrlingen statt. Die Gesellenstube waren sehr gut ausgeföhlt. Ein Arbeitsplatzkunst Jenzur I und ein Rummelkunst Jenzur Ib. Die Eingänge und Berichte kamen zu Gehör. Punkt III schloß sich eine Preisbesprechung der verschiedensten Sattlerarbeiten an, in der man wiedersehen konnte, daß die Kollegen noch besser fälschlicherweise müssen, um nicht sich zum Schaden zu arbeiten und den Kollegen auch nicht die Preise herunter zu drücken. Darum ist es ganz besonders notwendig, die Quartale vollständig zu besuchen um wenigstens annähernd gleiche Preise zu erzielen.

Die Wartburg ein Nationalheiligtum des Volkes. Am 20. April fand auf der Wartburg die erste (konstituierende) Sitzung der Wartburgstiftung statt. Als Vorsitzender wurde Oberbürgermeister Dr. Janion (Eisenach) gewählt. Die Übernahme der Wartburg in das Eigentum der Stiftung wurde vollzogen. Der gesamte Betrieb soll in der bisherigen Weise fortgeführt werden. Der Stiftungsausschuß hat es sich zur ersten Aufgabe gemacht, die Wartburg als Nationalheiligtum des Volles zu erhalten und auch fernherin den weitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Großhörsa. Am 23. April rief der Turnverein "Frischau" (D.T.) die Einwohner unseres Ortes zu einem Werbeschauturnen im Galatho-Großhörsa zusammen. Ein überreiches Programm wurde geboten, fast zuviel des Guten. Daß die Zuschauer alle 4 Stunden treu ausgehalten haben, ist das beste Zeichen, daß alle Übungen Anfang fanden. Der Nachwuchs des Vereins, Kinder und Jugendturner, leisteten in reizigenartigen Freilübungen und am Gerät ganz Vorzügliches. Bei der erst 2 Monate alten Damenriege fehlte es zwar noch an guter Körperhaltung, aber bisher ist kein Meister vom Himmel gefallen. Die Leistungen der Mitglieder in den Kreisübung, am Barren, Reck und Pferd waren sehr gute, teilweise Gipflübungen; aber fast stets sah man nur die Turner. Hier sind die Reihen durch den Krieg gelichtet. Wie viele der Heimgekehrten haben den Mut nicht gefunden, wieder von neuem mit dem Turnen zu beginnen. Möge die Arbeit des Turnwarts und seiner Turner den Erfolg haben, daß sich alle Riegen wieder füllen.

Kreischa. Zur großen Arme abberufen wurde wieder ein alter Veteran von 1866, der Damenschneidermeister Johann Schultheiß hier. Der Verstorben hat lange Jahre Hauptmann der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr, um die er sich große Verdienste erworben hat. Aus Dankbarkeit ernannte ihn die Wehr zum Ehrenhauptmann.

Welschhause wollte von jeder über 17 Jahre alten selbständigen Person eine Steuer von wöchentlich 1,50 M. erheben. Der Ertrag sollte allen erwerbsfähigen Personen zufließen, die von der gesetzlichen Sozialfürsorge nicht geöffnet werden. Der Bezirktauschuß mußte die Genehmigung vergeben, da die Steuer jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt.

Dresden. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gewandt um Unterjagung der Berliner Butterauktionen und zwar wegen ihrer preistreibenden Wirkung. Ebenso haben sich Wirtschaftsministerium und Landes-Preisprüfungsstelle gegen die vom Milchwirtschaftlichen Landesverband festgesetzten neuen Milchpreise gewandt.

Dresden. Die Deutsche Lichtbildgesellschaft e. V., deren Dresden Zweigstelle bekanntlich an der Herstellung des großzügigen Stadtkinos Dresden arbeitet, hat in der Zeit ihres Bestehens vom Jahre 1916 bis heute 6 Millionen Meter deutscher Propagandafilme in der Welt verbreitet. Damit

hat sie eine ungeheure Werbearbeit für Deutschlands Kultur, Wirtschaft, Technik, Kunst und Wissenschaft im In- und Auslande geleistet. Diese 6 Mill. Meter Film entsprechen aneinander gereiht einer Länge von 6000 km d. h. etwa 40 × die Entfernung Dresden-Berlin oder 25 × die Entfernung Berlin-Hamburg oder 10 × die Entfernung Dresden-Danzig. Da jeder Meter Film 52 Einzelaufnahmen aufweist, enthalten die von der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft e. V. geschaffenen und verbreiteten 6 Mill. Meter deutscher Propagandafilme über 300 Mill. Einzelaufnahmen. Diese Werbearbeit stellt der deutschen Industrie und insbesondere der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft e. V. (Deutsch-Film) ein glänzendes Zeugnis für ihre Leistungsfähigkeit aus.

Wegen Bekleidung der sämtlichen Minister der Sächsischen Regierung wurde in einem größeren Termine am gestrigen Montag gegen den Schanzwirt Zadrachil vor dem Dresdner Schöpfgericht verhandelt. Der Angeklagte bewirtschaftet in Dresden das Restaurant zur Kameradschaft. Am 6. November vergangenen Jahres war in seinem Lokal zur Mittagsstunde eine politische Bierstube in Fluss gekommen, in deren Verlauf soll Zadrachil gesagt haben: "Die Minister, die hier in Sachsen in der Regierung sitzen, daß sind alles grobe Lumpen!" Zu jenem Zeitpunkt weilt auch der bereits schon öfter in der Presse genannte Justizamtmann Lohe als Gast im Lokal, der dem Wirt erst Vorhalt tat, dann am nächsten Tage keine Befreiung, Justizminister Dr. Zeigner, Angeklagte erließte. Die Folge war dann, daß die sämtlichen Minister, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Bud, Strafantrag stellten, bzw. denselben unterzeichneten. Der Angeklagte bestritt, daß er sich in dieser Form geäußert, die Angaben wurden aber von Lohe erneut unter Eid vor Gericht wiederholt, sodass die Schuld vom Gericht als erwiesen angesehen werden konnte. Drei an jener Debatte beteiligte Gäste des Zadrachil sagten aus, es seien derartige Worte nicht gefallen; die Zeugen blieben unvereidigt. Das Urteil lautete nach längerer Verhandlungsdauer auf 300 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung kam zum Ausdruck, daß man die Worte nicht als so bedeutungsvoll und schwerwiegender angesehen habe, wie es vielleicht den Anschein erwecken könnte.

Der Bezirktauschuß Dresden-Alstadt beriet den Haushaltplan. Mit Einschluß der Wohlfahrtsopfer macht sich eine Bezirksumlage von nur 4,8 % des Steuer-Solls notwendig.

Bei der Verbands-Fortsbildungsschule der weisslichen Lößnigemeinden betragen nach dem neuen Haushaltplan die Jahreskosten für einen Schüler bzw. eine Schülerin etwa 700 Mark.

Niederlößnitz. Die Rattensteuer wurde auf 3 M. für die erste und 50 Mark für jede weitere Ratte festgesetzt.

Pirna. Eine 300 000 M.-Spende hat hier große Freude erzeugt. Der hochherige Geber ist Wilhelm Kaufmann, der Chef der großen Textilfirma Kaufmann, die ihren Verwaltungssitz bis jetzt in Pirna hatte, nun aber nach Dresden übergesiedelt ist. 100 000 M. verteilen sich an den Pirnaer Ruderverein, der 2500 M. zur Pflege des Sports erhält, sowie an hiesige Schulanstalten, während 200 000 M. zum Ausbau des Sportplatzes an der Reitbahnenstraße bestimmt sind.

In Pirna ist ab 1. April ein Zuschlag von 125 % zur Friedensmiete zugelassen.

Neustadt (S.). Auf Vorschlag des Wohnungsausschusses beschloß der Stadtrat, zuziehende unverheiratete Personen bei der Anmeldung im Einwohnermeldeamt darauf hinzuweisen, daß sie unter 5 Jahren keine Aussicht haben, eine Wohnung hier zu erlangen, wenn die mäßlichen Wohnungsvorhältnisse weiter andauern.

Bauzen. Im Steinbrüche in der Nähe der ehemaligen Flughalle wurden am Freitagabend zwei Fliegerbomben zur Explosion gebracht. In dem nicht weit davon entfernten "Deutschen Haus" sind mehrere Fensterscheiben infolge der Stärke der Detonation eingedrückt worden.

Zwönitz. Das Bethlehemstift Zwönitz, das seit 1909 besteht und bisher ungefähr 2500 erholungsbedürftige und genehende Kinder während des Sommers verpflegt hat, wird wieder eröffnet und nimmt in der 1. Abteilung auch junge Mädchen und Frauen (mit oder ohne Kinder) auf.

Oberwiesenthal. Die im benachbarten Neudorf wohnenden Pastoren, die am vorigen Juni einen tschechischen Grenzjäger tötzögeln, wurden vom Chemnitzer Schwurgericht freigesprochen. Der Angriff auf die tschechischen Beamten sei erst durch deren höhnische Zureise und ihre täglichen Angefälle hin erfolgt.

Plauen 1. V. Der 18-jährige Kaufmannslehrling einer hiesigen Firma hat vor einiger Zeit in Gemeinschaft mit einem 20 Jahre alten Handlungsgehilfen 14 Rollen Draht

für elektrische Leitungen, insgesamt 1400 Meter, gestohlen und durch Vermittlung eines Dritten an einen Installateur für 3200 M. verkauft. Das daraus gelöste Geld wurde in lebensicher Gesellschaft verjubelt. Außerdem hat der Lehrer eine Unzahl Briefe, die er zu translieren hatte, unterschlagen und das Geld für die Freimachung in seinem Nutzen verwendet.

## Der Störenfried Europas.

Während alle Welt den Zwischenfall des deutsch-russischen Vertrages nach den letzten Erklärungen Lloyd Georges für beigelegt hält und die Wogen der Erregung durch die letzte mit Lloyd George und Facka vereinbarte deutsche Note geglättet zu sein scheinen, hat Frankreich, dessen heimlicher Wunsch dahin geht, durch andauernden scharfen Notenwechsel über Dinge, die mit dem eigentlichen Thema nur in losem Zusammenhang stehen, neue Konflikte zu schaffen und die Konferenz doch noch zum Scheitern zu bringen, den Zwischenfall von neuem ausgerollt und die durch die tagelangen Differenzen ohnehin schon stark gespannte Lage in Genua abermals verschärft.

Auf direktes Geheiß seines Pariser Auftraggebers hat der Führer der französischen Abordnung Barthou dem Vorsitzenden der Konferenz die Facka ein Protestschreiben überreicht, das jeden Takt des internationalen Verkehrs, wie es sonst üblich ist, vermissen lässt und eine einzige mutwillige Beleidigung darstellt, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Barthou bezeichnet die Darlegungen des deutschen Reichstanzlers als „lügenhaft“ und fordert, daß die Delegierten der Großen und der Kleinen Entente sofort zu einer Besprechung über die Angelegenheit zusammenberufen werden. Sofort nach Bekanntwerden dieses Schreibens, das offenbar keinen anderen Zweck hatte, als die deutsche Delegation durch eine bewußte Kränkung herauszufordern und möglichst einen Konflikt herbeizuführen, der geeignet sein könnte, die ganze Konferenz auseinander zu lassen, erhob der Reichstanzler in einem Schreiben an den Präsidenten der Konferenz entschiedenen Einspruch „gegen die beleidigende Anschuldigung, durch die der Geist von Genua am schwersten verlegt werde.“

Inzwischen stand die Zusammenkunft der neun Mächte, die Barthou gefordert hatte, statt. Nach längeren Bögen gab Lloyd George wieder einmal dem Drängen der Franzosen nach und stimmte der Abteilung eines zweiten Schreibens zu, das dann am Sonntag der deutschen Delegation übergeben worden ist. In dem Briefe wird die Behauptung, daß die deutsche Delegation die Entente den Zwang, unter dem sie stand, als sie den russisch-deutschen Vertrag unterschrieb, habe erkennen lassen, zurückgewiesen, und auch die Gefahr, die sie in den besonderen Verhandlungen der Entente zu erkennen glaubte, gelegnet. Die feineswags überzeugende Note behält den Ententeregierungen das Recht vor, die Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages, die als den bestehenden Verhältnissen widersprechend erkannt werden sollten, als null und nichtig zu erklären. Schließlich wird erklärt, daß der Zwischenfall jetzt als abgeschlossen betrachtet werden müsse. Die deutsche Delegation hat es für angebracht gehalten, von einer Fortsetzung der Diskussion abzusehen, in der Überzeugung, daß das nur Wasser auf die Mühlenderjenigen Delegationen wäre, die darauf ausgehen, die Konferenz zu einem Kampftag politischer Auseinandersetzung zu machen, anstatt sie zu positiver Arbeit kommen zu lassen. Der Störenfried Frankreich wird schon für neue Zwischenfälle sorgen.

Ob die Konferenz überhaupt noch positive Arbeit leisten wird? Man ist nur allzu sehr geneigt, diese Frage zu verneinen. Denn neuerdings erstreckt sich die französische Obstruktion auch auf die russische Frage, die im Mittelpunkt der Konferenzberatungen stehen soll, aber bis heute kaum erörtert werden ist. Bisher beschränkte sich die Arbeit der russischen Kommission auf den Austausch von Denkschriften und Noten, zu sachlichen Ergebnissen ist man bis jetzt nicht gekommen. Jetzt haben sich die Franzosen sogar gänzlich aus dem Sachverständigenausschuß der Unterkommission für russische Angelegenheiten zurückgezogen, angeblich weil die russische Denkschrift den Kommerbeschluß widerspreche. So wird von Tag zu Tag ein neuer Zwischenfall konstruiert. Stein Wunder, wenn Lloyd George, der an dem Gelingen der Konferenz aus innerpolitischen Gründen — in England stehen die Neuwahlen bevor — sehr stark interessiert ist, in der letzten gemeinsamen Beratung der Großen und der Kleinen Entente fügt zu der Drohung hinzu, die englische Regierung würde, wenn das Zusammenarbeiten mit den bisherigen Verbündeten durch das Verhalten einzelner Mächte erschwert oder gar unmöglich gemacht werden sollte, in eine Erwägung darüber eintreten, ob es sich nicht empfehle, sich anders zu orientieren und den Kurs der englischen Politik zu ändern.

## Die Entente „berichtet“.

Eine zweite Note an Deutschland.

Auf Verlangen Frankreichs haben die neun Mächte der Großen und der Kleinen Entente eine neue Note an die deutsche Delegation gerichtet, durch die der durch den deutsch-russischen Vertragsabschluß geschaffene Zwischenfall als abgeschlossen gelten kann.

Die unterzeichneten Mächte stellen zunächst mit Bestätigung fest, daß die deutsche Delegation dem Umstand Rechnung trage, daß der Abschluß eines Sondervertrages mit Russland, dessen Gegenstand zu den Aufgaben der Konferenz gehöre, es wünschenswert erscheinen lasse, daß die Delegation nicht fernherin an der Diskussion über die Einzelheiten eines Abkommens zwischen Russland und den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern teilnehme.

Die Note betont dann, daß die Alliierten eigentlich lieber von einer Fortsetzung des Schriftwechsels über diese Angelegenheit absehen hätten, doch enthalte die deutsche Antwort einige Behauptungen, zu deren „Richtigstellung“ sie sich verpflichtet fühlen. Wobei heißt es dann in der Note:

„Nach Ihrem Schreiben hat sich die deutsche Delegation zum Abschluß eines Sonderabkommens mit Russland gewünscht, weil Mitglieder der Delegationen der einladenden Mächte die Prüfung großer Schwierigkeiten abgelehnt hätten, welche die von Ihnen Sachverständigen in London aufgestellten Vorschläge für Deutschland gezeichnet haben würden. Die unterzeichneten Vertreter der einladenden Mächte haben bei den Mitgliedern ihrer Delegationen Nachprüfungen ange stellt und haben schließlich, daß nicht der Schaden eines Beweises für diese Behauptung vorliegt.

Die Mitglieder der deutschen Delegation haben sich zu wiederholten Malen mit Mitgliedern der Delegationen der einladenden Mächte getroffen und unterhalten. Sie haben jedoch niemals zu verstehen gegeben, daß die Londoner Vorschläge keine geeignete Basis für die Konferenzberatungen seien und daß die deutsche Delegation im Begriff stehe, mit Russland einen Sondervertrag abzuschließen. Die Behauptung, daß die offiziellen Beratungen mit den Russen über die Anerkennung der Schulden die Delegation der Sowjet ausgesetzt hätten, sich einem für Deutschland unannehbaren und von der Mehrheit der Mitglieder der Kommission bereits gebilligten Entwurf gegenüberzusehen, ist gleichfalls unbegründet. (?)

Ein Irrtum über die Tragweite der Sachverständigenvorschläge oder eine falsche Auslegung der offiziellen Unterhaltungen mit den Russen hätte wohl das Verlangen nach einer eingehenden Förderung mit den Kommissionen der Konferenz rechtfertigen können. Dagegen können sie in keiner Weise das verfolgte Verfahren rechtfertigen, und die Unterzeichneten können nur bedauern, daß Ihre Note den Verdacht macht, auf diese Weise die Verantwortung für ein Verfahren, das mit dem für die Wiederherstellung Europas notwendigen Geiste lohner Zusammenarbeit zu sehn im Widerspruch steht, anderen Mächten zuzuschreiben.

Die Unterzeichneten behalten ihre Regelungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zu widerlaufen gejudent werden.

Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen angesehen werden.“

Die Alliierten verharren also auf ihrem Standpunkt, daß keinerlei Voraussetzungen vorhanden gewesen seien, die den plötzlichen Abschluß des deutsch-russischen Vertrages rechtfertigen könnten. Demgegenüber steht aber als unumstößliche Tatsache fest, — und das gibt die Note der Alliierten auch zu — daß Versprechen zwischen Mitgliedern der deutschen Delegation und Mitgliedern anderer Delegationen über die Verhandlungen mit Russland stattgefunden haben, zu denen Deutschland nicht hinzugezogen wurde. Der Einwand, daß Deutschland in den Kommissionen die Möglichkeit der Diskussion gehabt hätte, ist mehr als nайд. Wenn es, was nach zuverlässigen Nachrichten zu befürchten war, zwischen der Entente und den Russen zu einer Einigung auf unsere Kosten gekommen wäre, so hätte Deutschland sich hinterher in der Kommission totreden können, ohne daß es etwas gebracht hätte.

Was den Vorbehalt der Alliierten betrifft, so steht nach dem übereinstimmenden Urteil der deutschen sowie der englischen und italienischen Rechtsfachverständigen einwandfrei fest, daß der Vertrag von Rapallo mit dem Friedensvertrag von Versailles nicht im Widerspruch steht. Der in der Note enthaltene Vorbehalt dürfte sich daher als ein rein formaler darstellen.

Nach dieser endgültigen Note stellt sich der Sachverhalt also dahin dar, daß der deutsch-russische Vertrag in voller Wirksamkeit aufrechterhalten bleiben solle, daß die deutsche Delegation in der Weise an Beratungen über russische Angelegenheiten teilnimmt, wie sie in unserer Antwort auf die erste Note der einladenden Mächte umschrieben ist, und daß die bisher angerufenen Rechtsstellen einen Widerspruch zwischen den Verträgen von Rapallo und Versailles nicht haben feststellen können.

Bei einer Beantwortung der Note wird die deutsche Delegation abschließen, um auch ihrerseits alles zu vermeiden, was die Konferenz von ihren eigentlichen Arbeiten ablenken könnte.

## Amerika und Deutschland.

Der amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sind nach jahrelanger Unterbrechung nunmehr wieder aufgenommen worden. Der Reichspräsident hat den neu ernannten Botschafter von Amerika, Alanson B. Houghton, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dieser Gelegenheit wurden herzliche Ansprachen gewechselt.

Der Botschafter sagte, nachdem er seiner Freude über seine Berufung Ausdruck gegeben hatte:

„Auf Grund meiner Instruktionen bin ich berufen, den freundlichen Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sowie die Wiederherstellung und Pflege des Vertrauens zu fördern, das zwischen beiden Ländern bestehen sollte. Es bereitet mir aber außerdem eine besondere Freude, Euer Excellenz zum Ausdruck zu bringen, daß die Ausführung dieser Weisungen meinen persönlichen Wünschen entspricht und daß ich mich in jeder Weise persönlich bemühen werde, ein authentisches wohlfühlendes Scherzen zwischen Euer Excellenz Land und dem meinigen herzustellen.“

Der Reichspräsident dankte dem Botschafter für seine freundlichen Worte und fuhr dann fort:

„Sie können überzeugt sein, daß Ihre Bemühungen freundschaftliche Widerhall nicht nur bei allen amtlichen Stellen, sondern im ganzen Deutschland finden und Sie hier dem authentischen Wunsche jedes einzelnen begegnen werden, daß die engen geistigen und wirtschaftlichen Bande, die ununterbrochen über ein Jahrhundert zwischen den beiden Ländern bestanden haben, erneut und verstärkt werden. Im Namen des Deutschen Reiches heiße ich Sie, Herr Botschafter, herzlich willkommen.“

Hieran schloß sich eine längere Unterhaltung an, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten auch die übrigen Mitglieder der Botschaft vorstellte.

Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Biedfeld, wird sich nächste Woche nach New York einschiffen und in den ersten Maitagen seinen Posten antreten. Er hatte in Berlin noch Gelegenheit, den amerikanischen Botschafter Houghton zu sprechen.

## Politische Rundschau.

Berlin, 25. April 1922.

— Eine amtliche Mitteilung der Reparationskommission stellt fest, daß die deutsche Regierung die erste der monatlichen Zahlungen in Höhe von 18 Millionen Goldmark nach dem neuen Zahlungsplan geleistet hat, ohne bisher die an die Gewährung des Zahlungsaufschubes gefestigten Bedingungen angenommen zu haben.

— Im Auswärtigen Amt wurde ein deutsch-sinnisches Abkommen unterzeichnet, welches die Regelung dringender wirtschaftlicher Fragen betrifft.

— Der Reichstag wird am 2. Mai seine Arbeiten mit der zweiten Lesung des Haushaltspolans wieder aufnehmen.

— Das Märchen von dem deutsch-russischen Militärbündnis. Seit dem Abschluß des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages geht durch die gesamte französische Presse immer wieder das sinnlose Gerücht vor einer deutsch-russischen Militärbündnung, die zwischen Deutschland und Russland getroffen worden sein soll. Die wichtigste Bestimmung des Vertrages sollte darin bestehen, daß Deutschland die Erlaubnis erhalten habe in Russland eine Reihe von Militärfabriken zu errichten und die Herstellung von Artilleriegerät dort zu betreiben. Um eine weitere Vergiftung der politischen Atmosphäre zu verhindern, hat die deutsche Botschaft ein Schreiben an die Pariser Presse gerichtet, worin sie in kategorischer Form das Gerücht demütigt, wonach eine deutsche Militärbündnung mit Russland abgeschlossen sein soll. Zwischen Deutschland und Russland bestehe keinerlei Militärbündnis, noch sei darüber verhandelt worden. Der Wortlaut eines angeblichen Abkommens, wie es von englischen Zeitungen veröffentlicht worden sei, sei ebenso eine Fälschung und von Anfang bis zu Ende erfunden, wie die als Stütze der Beweisführung wiedergegebenen Schriftstücke.

— Die Anebelung der Presse in Oberschlesien. Das Erscheinen der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ ist von der Interalliierten Kommission bis auf weiteres verboten worden. Weiterhin ist die Einfuhr des „Berliner Tageblatts“, des „Ostal-Mittelgers“, der „Breslauer Morgenzeitung“, der „Breslauer Zeitung“ und des „Simplizissimus“ nach Oberschlesien von derselben Behörde untersagt worden.

— Die Beiseitung des Abg. Hué. Unter außerordentlich großer Beteiligung der Bevölkerung wurde der Bergarbeiterführer Otto Hué zur letzten Ruhe gelegt. Im Trauergeschehen befanden sich Vertreter der Reichsregierung, der preußischen Regierung, der anderen staatlichen und städtischen Behörden und der Gewerkschaften des In- und Auslandes. Staatssekretär a. D. Grzesinski als Vertreter der Reichsregierung sprach den letzten Dank der Regierung aus und würdigte die Verdienste des Verstorbenen nicht nur um die Bergarbeiter, sondern um das ganze deutsche Volk.

— Das Scheinparlament im Saargebiet. Die zahlreichen Protestkundgebungen sämtlicher politischen Parteien im Saargebiet gegen das geplante Scheinparlament scheinen auf die Regierungskommission keinerlei Eindruck gemacht zu haben. Sie besteht nach wie vor auf der Einrichtung des Landesrates und des Studienausschusses und erklärt in einer Mitteilung an die Presse, ihre Verordnung könne nicht geändert werden, ohne die Bestimmungen des Friedensvertrages zu verletzen, und sie werde nicht geändert werden, was auch verucht werden sollte, um einen Druck auszuüben. Der Volksbundsrat habe die Verordnung einstimmig genehmigt. — Trotz dieser diktatorischen Entscheidung werden die Saarländer in ihrem Kampf gegen die autokratische Saarregierung und ihre selbstherrlichen, den Interessen des Landes direkt widersprechenden Maßnahmen nicht ermüdet.

— Die Deutschnationalen und der Ostervertrag. In einer deutchnationalen Versammlung in Braunschweig kam der Führer der deutchnationalen Volkspartei Abg. Hergt auch auf Genua zu sprechen und erklärte, es sei nach seiner Meinung ein taktischer Fehler gewesen, daß das am Ostermontag unterzeichnete Abkommen mit Russland gerade jetzt bekannt gegeben worden sei. Er sei der Meinung, daß das Abkommen ruhig geheim gehalten werden sollte bis nach Genua. Er erklärte dann weiter, wenn es wegen des russischen Vertrages mit der Entente zum Konflikt kommen sollte, so werde sich die deutchnationale Volkspartei unabdingt hinter die Regierung stellen, denn es handle sich um das Recht Deutschlands, das unter allen Umständen verteidigt werden müsse. Dann sagte er: Sollte Poincaré sich an die Botschafterkonferenz wenden und die Reparationskommission gegen uns mobil zu machen versuchen, so kann es nur eins geben: zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Lieber gehen wir von Genua nach Hause und bleiben als Deutsche für uns, für uns mit unserem Recht und unserer Ehre.“

— Die Bedeutung Preußens für das Reich. Der „Hannoversche Kurier“, das führende Blatt der Provinz Hannover, beginnt eine Reihe von Veröffentlichungen, die bestimmt sein sollen, Preußens in seiner geschichtlichen Aufgabe als Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Weltbedeutung in Vergangenheit und Zukunft gerecht zu werden. Das Blatt bringt Ausführungen verschiedener hervorragender Persönlichkeiten über die hohe Bedeutung Preußens für das Reich, „um einen Tamm aufzurichten gegen die jedes Maß überschreitende Kampfesweise der Deutsch-Hannoverschen Partei“. So schreibt Generalfeldmarschall von Hindenburg:

„Preußen ist das Rückgrat Deutschlands; das lehrt die Geschichte einwandfrei. Wer die jetzige schwere Zeit dazu benutzt will, Preußen zur Genugtuung unserer Feinde zu schwächen oder gar zu zerstören, vergeht sich daher am gesamten deutschen Vaterlande. Bruderwahl, Einigung des Auslandes und völliger Zusammenbruch würden die Folge sein. Gott bewahre und davor!“

Lehrlich äußert sich Budendorff. Graf Posadowsky stellt die Gegenfrage: „Was wäre ein neuer Kleinstaat Hannover?“ — und antwortet: „Neben ein Lützow Einzugsregierung und Parlamente schafft bereits eine schädliche Überregierung und wirkt politisch und finanziell zerstörend.“ Weiter äußert sich u. a. Freiherr v. Persner, Großadmiral v. Tiefen, Admiral Scheer, Mackensen, v. d. Goltz, Friedrich Bleichröder, Kultusminister Voigt, Rudolf Fenzl.





# Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 97

Mittwoch den 26. April 1922

88. Jahrgang

## Sächsisches

△ Strabung von Steuerbeträgen. Der Reichsfinanzminister hat die einzelnen Finanzämter ermächtigt, größeren Arbeitgebern, die genügende Sicherheit bieten, auf Antrag ausnahmsweise und widerruflich zu gestatten, statt bis zum 10. des auf die Lohnzahlung folgenden Monats erst bis zum 20. des ersten auf jedes Kalendervierteljahr folgenden Monats, jedoch spätestens beim Ausscheiden des Arbeiters aus dem Arbeitsverhältnis die für die einbehaltenden Steuerabzüge zu verwendenden Steuermarken in die Einlagebogen der Steuerbücher einzuladen und zu entwerten sowie die vorgeschriebenen Eintragungen in die Einlagebogen vorzunehmen.

△ Hartgeld im Mai. Das neue Hartmetallgeld wird zurzeit von den Münzen ausgeprägt und soll im Mai in den Verkehr gebracht werden. Ausgeprägt werden 1-, 2-, 3- und 5-Mark-Stücke.

△ Neue 2-Mark-Scheine. Der Darlehnskassenschein zu 2 Mark vom 1. März 1920 hat aus Zweckmäßigkeitsgründen anderes Farben erhalten. Auf der Vorderseite erscheint der Legindruck in lebhaftem Rot und der Schutzdruck bläulich-rosa; der Kontrollstempel im linken Feld und die Nummer sind in brauner Farbe gedruckt. Der bis zum Bechnitt reichende Unterdruck aus Ziffernwerk ist unverändert graubraun geblieben. Auf der Rückseite ist der aus kleinen Wertziffern zusammengesetzte und bis zum Bechnitt reichende Schutzdruck jetzt bläulich-rosa ausgeführt. Der Unterdruck bleibt wie bisher graubraun und der Aufdruck rothbraun.

Pirna. Der Landesverband Sächsischer Geflügelzüchtervereine hat die Durchführung der Landesverbands-Kreisfachausstellung vom 20. bis 22. Januar 1923 in den Tannenfällen statt. Mit der Ausstellung, die viele auswärtige Züchter nach Pirna führen wird, ist die alljährliche Hauptversammlung des Landesverbandes Sächsischer Geflügelzüchtervereine verbunden. Diese wird Sonntag den 21. Januar stattfinden.

Schnitz. Überaus guter Geschäftsgang herrscht gegenwärtig in der gesamten Blumenindustrie. Namentlich die Schnitzer Blumenindustrie, die schon vor dem Kriege große Auslandslieferungen hatte, steht zurzeit im Zeichen außerordentlicher Hochkonjunktur. Einen Maßstab dafür bietet der Post-Auslandssverkehr, der in den letzten Wochen immer mehr an Schwung und in den Tagen vor dem Osterfest einen Höhepunkt erreichte. Ungeheure Mengen von Paketen, die hauptsächlich nach England und Amerika gingen, und deren Zahl oft die Tausend überschritt, wurden an einem einzigen Tage aufgeliefert.

Kamenz. Ein noch nie dagewesenes Angebot in jungen Gärten, sogenannten Kriescheln, hatte der Wochenmarkt am Donnerstag aufzuweisen. Die Schar der Verkäufer und Käufer war so zahlreich, daß nicht allein die Kirchstraße, sondern auch ein großer Teil der Herrenstraße von einer dichten Menschenmenge gefüllt war. Die Preise bewegten sich zwischen 70 bis 140 M.

Bautzen. Dem Obstdbau soll im Bautzener Bezirk mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. Der Bezirktauschuf befürchtet sich mit der Frage der Anstellung eines Obstdauwarts. Es sollen auf der Bautzener Obsthof und Gartenbauschule Leute ausgebildet werden, die sich die Förderung des Obstdauens besonders angelegen sein lassen.

Löbau. Gegen den Warenverkauf an Ausländer wendet sich eine Bekanntmachung der Umtshaupmannschaft Löbau, in der es heißt: Handeltreibenden, die Gegenstände des täglichen Bedarfs (Nahrungsmittel, Bekleidungsgegenstände u. dergl.) an Personen verkaufen, von denen sie wissen oder den Umtständen nach annehmen müssen, daß sie diese Waren verbotswidrig über die deutsche Grenze ausführen, wird von der Umtshaupmannschaft wegen Ungewissheit der weitere Betrieb des Handelsgewerbes untersagt werden. In Zweifelsfällen hat sich der Handeltreibende den Wohnungsmeldedienst oder einen anderen Ausweis von dem Käufer vorlegen zu lassen. Erlaubt ist die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs nur in ganz geringfügigem Umfang, worüber die Zollbehörden Auskunft erteilen werden. Die Gendarmerie und die Gemeindebehörden des Bezirks werden angewiesen, die Handeltreibenden und die Besucher von Geschäften einer geeigneten Beaufsichtigung nach dieser Richtung zu unterziehen und Zuwendungen der erwähnten Art unnachlässlich der Umtshaupmannschaft anzugeben.

Löbau. Einen recht aktuellen Grund gab hier ein im Stadtinnern wohnender Fortbildungsschüler an, als er seinen Lehrer um Urlaub bat. Er sagte, er müsse zu seiner „Stadt“ fahren, die in diesen Tagen Blütersfreuden entgegensehe. Seine Anfrage hat sich als richtig erwiesen.

Zittau. Zur Absicherung der Grenze, resp. zur besseren Kontrolle des Grenzverkehrs sind jetzt eine Reihe von großen sächsischen Ortschaften an der tschecho-slowakischen Grenze mit Abteilungen der Landespolizei in Stärke von etwa 20 Mann belegt worden. Mit dieser Maßnahme kommt die sächsische Regierung einem vielfach von den Grenzbewohnern gehagten Wunsche um Hilfe gegen den Plauslauf besonders von Lebensmitteln in den sächsischen Grenzortschaften entgegen.

Falkenstein. Die neuerdings, und zwar rückwirkend vom 1. Juli 1920 ab, im Bezirk zur Erhebung kommende Maschinensteuer erregt in den Kreisen der Gewerbetreibenden und Industriellen großen Unwillen. Wie verlautet, will man gegen sie energisch protestieren.

Döbeln i. B. Für das Sattler- und Tappzierergewerbe soll hier eine Zwangssteuer erichtet werden. Sie erträgt

sich auf den Bezirk der Umtshaupmannschaft Döbeln i. B. Ihr Sitz ist Döbeln i. B.

Planen i. V. Der Geburtenrückgang während des ersten Kriegsjahres macht sich jetzt in unserer Stadt dadurch geltend, daß heuer zu Ostern nur 1182 Kinder zur Schule anmeldet sind gegen 2099 im Vorjahr. — Laut Feststellung der hiesigen Nahrungsmittelkontrolle war der Prozentsatz minderwertiger Milch bei den Untersuchungen so groß, daß, auf ein Jahr umgerechnet, die Bevölkerung rund 700 000 M. zuviel für nicht vollwertige Milch bezahlt. Ganz gewiß eine stattliche Summe.

## Volkswirtschaft.

△ Abschlagszahlungen für enteignete Konzessionen. Rechte und Beteiligungen Deutscher an öffentlichen Unternehmungen in Russland, China, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei und den ehemals reichsdeutschen Gebieten, mit Ausnahme Elsaß-Lothringens, sind in Berlin B. 35, Potsdamer Str. 122a b, Stelle für ausländische Wertpapiere, zu beantragen. Als Abschlagszahlung können 75 Prozent des Wertes genährt werden, den die enteigneten Werte am 25. Juli 1914 in deutscher Währung gehabt haben. War ihr Wert in Reichsmark am 25. Januar 1922 niedriger als am 25. Juli 1914, so ist der letztere Wert für die Berechnung der Abschlagszahlung maßgebend. Hat ihr Wert in Reichsmark seit dem 25. Juli 1914 dagegen eine außerordentliche Kurzsteigerung erfahren, so ist die Stelle für ausländische Wertpapiere ermächtigt, mit Genehmigung des Reichsministers für Wiederaufbau eine Erhöhung der Abschlagszahlung vorzunehmen.

△ Neben eine Billion Mark Postschulumsumat. Halbjährlich wird mitgeteilt, daß im Jahre 1921 die Zahl der Postschecklunden von 622 343 Ende 1920 auf 759 830 Ende 1921 gestiegen ist. Der Umsatz hat sich auf eine Billion Mark belaufen und diesen Betrag sogar noch um rund 200 Milliarden Mark überschritten. Gegen das Vorjahr betrug er 510 Milliarden Mark oder 75 Prozent mehr. Im bargeldlosen Zahlungsverkehr sind 999 Milliarden Mark oder 83,7 Prozent des Gesamtumsatzes beglichen worden. Das Gutshaben hat von 7,6 Milliarden Mark Ende 1920 um 4,2 Milliarden Mark auf 11,8 Milliarden Mark Ende 1921 zugenommen. Die Gesamteinnahme aus dem Postschuhverkehr betrug 477 Millionen Mark.

△ Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Produktenhandel wurde beherrscht durch die Nachrichten von der Konferenz in Genua, die aber kaum eine stärkere Unregelmäßigkeit, die man bezüglich der Folgen des wirtschaftlichen Übereinkommens zwischen Deutschland und Italien noch nicht klar sah und angedachte. Pläne über eine Stabilisierung der Mark auch noch keine bestimmte Grundlage zeigten. Die Freigabe des Mehlimports hat kaum sonderlich große Abschlüsse fremder Ware trotz des reichlichen Angebotes und der teilweise rentablen Forderungen veranlaßt, weil der Absatz von Getreide im Lande durchaus unbefriedigend geworden ist, nachdem die zweite Hand in der Sorge wegen des Weltmarkts des Auslandsmaterials mit ihren Vorräten überall stärker und billiger herausgekommen ist, als die Mühlen auf Grund der Preise des Rohmaterials zu liefern vermögen. Infolgedessen zeigt sich auch für Weizen sehr schwache Kaufsgehr, und es macht deshalb auf dem Markt keinerlei Eindruck, daß die inländischen Angebote nach wie vor ziemlich geringfügig blieben. Schwieriger war die Lage des Roggengeschäfts, und zwar ist es auch hierbei der außerordentlich schwierige Absatz des Mehls, der die Geschäftslage unter Druck hält. Im Getreidegeschäft blieb es sehr still. Der Verkehr in Mais war wie jede andere Getreideart von den Devisen abhängig und zeigte das getreue Spiegelbild ihrer Schwankungen.

△ Berlin, 22. April. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Roggen Märkischer 525—530, Sommergerste 640—650, Hafer Märkischer 600 bis 668, Mais April 420—415, Weizenmehl (100 Kilo) 1800—1950, Roggenmehl (100 Kilo) 1250—1350, Weizensteife 400—410, Roggensteife 420—425, Raps 1000—1020, Futterhafer 620—630, Kleine Speiseroben 550—575, Futterrohren 500—520, Lupinen blaue 540—570, Lupinen gelbe 750—785, Ceradella neue 1300—1350, Lupinschalen 425—450, Trockenknödel 385—400, Hafer und Stroh, Getreihandelsspreize für 50 Kilo ab Station: Drahtgesprenzeltes Roggen- und Weizenstroh 115—128, bindfädengesprezztes Roggen- und Weizenstroh 95—115, Häcksel 132—138, handelsübliches Heu 180 bis 198, gutes Heu 210—230 Mark.

△ Berlin, 22. April. (Schlichte Börse.) Auftrieb auf dem Centralviehholz: 2180 Rinder, 1456 Kühe, 3485 Schafe und 5279 Schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: Rinder: 12—26, Kühe: 16—34, Schafe: 11,50—25, Schweine: 27—34 Mark. Das Geschäft war fest.

## Scherz und Ernst.

□ Obligatorischer Esperanto-Unterricht in den Schulen. Die in Genf tagende internationale Konferenz für den Esperanto-Unterricht in den Schulen forderte eine Entscheidung, in der die Regierungen erachtet werden, den Esperanto-Unterricht in den Schulen für obligatorisch zu erklären, da sich daraus bessere Ergebnisse erzielen ließen als aus dem fakultativen Unterricht.

+ Die Einstellung Schwerbeschädigter. Eine neue Verfügung des preußischen Minister des Innern weist darauf hin, daß die Einstellung von Schwerbeschädigten bei Landratsämtern und sonstigen Behörden in ersterlicher Anzahl erfolgt sei und daß zwischen freiwilligen Mehrleistungen und der nicht voll durchgeführten Einstellungspflicht, die sich an anderen Stellen auf Grund der örtlichen Verhältnisse ergeben habe, ein Ausgleich geschaffen werden müsse. Um ein möglichst wohlbürtiges Leben des Staates auf

diesem Gebiete zu erzielen, gibt der Minister folgende Geschäftspunkte bekannt: Für den Bereich jedes Regierungsbezirks ist ein besonderes sozial interessanter Dezenzrat zum Kommissar für die Einstellung Schwerbeschädigter zu bestellen, der in unmittelbarer, persönlicher Führungnahme mit der Hauptstelle für die Einstellung Schwerbeschädigter bearbeitet. Neue Stellen dürfen nicht geschaffen werden; jedoch ist bei einer Neubesetzung zu prüfen, ob nicht ein Schwerbeschädigter in einer feinen Fähigkeit entsprechenende Werte verwandt werden können. Weibliches Personal ist unter diesen Gesichtspunkten — selbstverständlich unter Vermeidung von Härten und unter Berücksichtigung der individuellen sozialen Verhältnisse — zu entlassen.

\* Kusspernung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im rheinisch-westfälischen Industriebezirk haben den Beschluss gefasst, gleichzeitig sämtliche Arbeitnehmer auszusperren. — In den Streik getreten sind infolge Lohndifferenzen die Kohlenarbeiter im Wormser Hafen. Die übrigen Hafenarbeiter haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Die ankommenden Kohleschiffe konnten nicht entladen werden.

\*\* Optiker Ruhnke tödlich verunglückt. Der Fabrikbesitzer Karl Ruhnke aus Berlin, der durch seine im ganzen Reich verstreut liegenden optischen Geschäfte bekannt ist, verunglückte mit seinem Direktor Stumpf auf einer Autofahrt zwischen Burg bei Magdeburg und Schermbeck tödlich. Ruhnke hatte in Magdeburg die 32. Filiale seines optischen Instituts eingerichtet und befand sich in Begleitung des Direktors und eines Kunstmalers auf der Rückfahrt nach Berlin. Infolge Verlags der Steuerung fuhr das Auto mit voller Gewalt in den Straßenrand, wo es sich überschlug. Ruhnke und Stumpf waren auf der Stelle tot. Der Kunstmaler erlitt einen Ruckschlag. Der Kraftwagenführer kam mit leichteren Verletzungen davon.

\*\* Die oberhessische Interalliierte Kommission gegen Bücker. Die Interalliierte Kommission in Oppeln erklärt in einer amtlichen Mitteilung, daß die gegenwärtige Teneur auf wuchernde Handlungen der Kaufleute zurückzuführen sei. Die Interalliierte Kommission hat beschlossen, gegen die Bücker und Schieber scharr vorzugehen. Sie hat die Kreiskontrollen angewiesen, unverzüglich die nötigen Strafmaßnahmen zu ergreifen. Am Schlus der amtlichen Mitteilung wird die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgefordert.

\*\* Das Armenierattentat in Berlin ist noch nicht völlig aufgeklärt. In Leipzig wurden zwei Armenier verhaftet, die der Teilnahme an der Ermordung der beiden Türken dringend verdächtig sind. Es handelt sich um die Hochschüler Suren Verberian und Daniel Unanoff. Beide reisten gerade an den Osterfeiertagen aus Leipzig ab. Verberian hatte einen Brief aus Berlin erhalten, der ihn plötzlich dorthin gerufen hatte. Die Verhafteten wollen ihre Angehörigen in Berlin befinden haben, um mit ihnen gemeinsam das armenische Osterfest zu feiern. Bilder der beiden Armenier wurden der Witwe Talaat Pascha und der Pförtnerfrau, die die Täter gesehen haben, vorgelegt. Beide glauben in Verberian einen der Täter bestimmt wiederzuerkennen. Nach Ansicht der Witwe Talaat Pascha ist Verberian der Mann, der sie am Mantel gesucht und zurückgerissen hat. Bei der Vernehmung der Verhafteten in Leipzig führten sie einen Widerwidersatz, der jedoch sehr lädenhaft ist.

\*\* Das Stendaler Gymnasium eingeebnet. Das humanistische Gymnasium in Stendal ist fast vollständig durch ein großes Feuer zerstört worden. Auf dem Dache der Schule waren Arbeiter mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt und dabei müssen Kohlenstücke in die Augen der Dächer des Daches gefallen sein. Einige Stunden später bemerkte man Feuer. Die Feuerwehr konnte nichts ausrichten, da der gesamte Dachstuhl in hellen Flammen stand. Der Mittelbau mit der schönen Aula und der darin befindlichen Orgel fiel dem Feuer zum Opfer. Auch das Physikzimmer und der Reihensaal wurden vollständig zerstört. Ebenso ist die Bibliothek stark beschädigt worden. Der Schaden beläuft sich auf etwa drei Millionen Mark.

\*\* Hasebrand in Nürnberg. In Nürnberg entstand in einem Bachauge am Hasen ein Brand, welcher durch Überspringen auf verschiedene andere Lagerhäuser sowie Holz- und Kohlenlager sich zu einem Großfeuer entwickelte. Der Schaden wird auf zehn Millionen Kronen geschätzt.

\*\* Belgische Falschmünzer. Eine Bande von 18 Belgern, die sich mit der Herstellung von 1000-Frank-Scheinen beschäftigte, wurde von der Polizei in Brüssel verhaftet. Ein großer Teil ihrer Fälschungen wurde in Deutschland ausgegeben.

\*\* Raubung eines französischen Postzuges. In Südfrankreich wurde der von der Hafenstadt Marseille nach der Riviera fahrende Postzug in einem Tunnel von zwei mit Revolvern bewaffneten Banditen überfallen, die den Zugführer mit vorgehaltener Waffe zwangen, ihnen eine Kiste mit 220 000 Franken in bar auszuziehen, worauf sie verschwanden.

\*\* Zusammenstoß amerikanischer Marineflugzeuge. Ein folgenschweres Fliegerunglück hat sich im amerikanischen Staate Maryland ereignet. Zwei Apparate bemannnt mit Offizieren und Mannschaften der amerikanischen Marine, die ein Übungsschießgefecht ausführten, gerieten mit den Tragflächen ineinander, stürzten herab und zerschellten auf dem Boden. Zwei Offiziere und zwei Marinemechaniker fanden dabei den Tod.

\*\* Die „Kaiserin Auguste Victoria“ unter kanadischer Flagge. Auf Grund des Berliner Vertrages

mutter der frühere Dampfer der Hamburg-Amerikalinie „Kaiserin Auguste Victoria“, ein 24 500 Tonnen großes Schiff, ausgeliefert werden. Der Dampfer verlässt nunmehr den Hafen von Southampton mit der Bestimmung nach Quebec. Das Schiff, das jetzt „Empress of Scotland“ heißt, wird in die Kanada-Europa-Linie eingestellt werden.

\*\* 20 000 Jentner Zucker verbrannt. Im Rheinland ist eine der größten deutschen Zuckerraffinerien B. Schwoingers Union in Krefeld, einer Feuerbrunst zum Opfer gefallen. Der Brand, der sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete, fand an den großen Zuckerbrottüren reiche Nahrung. Die wertvollen Maschinen wurden vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf 40–50 Millionen Mark geschätzt. An Fertigfabrikaten sind allein rund 20 000 Brt. Zucker ein Raub der Flammen geworden. Wie der Brand entstanden ist, muß erst noch aufgeklärt werden.

\*\* Späte Ausklärung eines Spartakusmordes. In Hamburg wurde während der kommunistischen Unruhen im Juni 1919 der Leutnant Sander von einem Freikorps, ein Sohn eines hamburgischen Senators, von Kommunisten gesangengenommen. Er war dann in die Elbe gesprungen, wurde aber während des Schwimms durch vier Schüsse getötet. Jetzt erst gelang es, den Mörder zu verhaften. Er hatte die Kriminalbeamten für Kommunisten gehalten und ihnen erzählt, er habe die tödlichen Schüsse auf den Leutnant abgegeben. Damals sei er bei Ausbruch der Unruhen aus dem Buchthaus befreit worden und hatte sich den Kommunisten angegeschlossen.

\*\* Todesprung einer Wahnsinnigen vom Kirchturm. In Straßburg hat sich eine junge Frau von der obersten Plattform des Münsters herabgestürzt. Der völlig zerstörte Körper fiel mitten in eine Menschenmenge hinein, ohne zum Glück jemanden zu treffen. Die Identitätsfeststellung der Toten ergab, daß man es mit einer geistig Verwirrten zu tun habe, die durch die sensationelle Form, in der sie ihrem Leben ein Ende mache, wohl Aufsehen erregen wollte.

\*\* Unterirdischer Brand in einem Braunkohlenbergwerk. In einem Braunkohlenbergwerk Oberhausen bei Bochum brach ein unterirdischer Brand aus. Die Kohlensförderung mußte eingestellt werden. Es gelang noch nicht, des Feuers Herr zu werden.

\*\* Selbstmord eines betrügerischen Polizeibeamten. In Hamburg mußte der Besitzer des Kaffee-Pavillons an der Innen-Alster für die Erlaubnis, Tische und Stühle auch vor dem Pavillon aufzustellen, alljährlich 15 000 Mark an die Polizei bezahlen. Die aussätzige Form des Erlaubnisscheines veranlaßte Ermittlungen, die ergaben, daß zwei Beamte die Summe unterschlagen haben. Beide wurden verhaftet. Der eine von ihnen hat in seiner Zelle seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

\*\* Große Metalldiebstähle in Magdeburg. In Magdeburger Großindustriebetrieben wurden riesige Metalldiebstähle aufgedeckt, an denen Arbeiter und Angestellte der einzelnen Firmen beteiligt sind. Metallvorräte, die einen Wert von einer halben Million Mark darstellen, wurden entwendet und an Althändler verkauft, bei denen sie jetzt zum Teil noch beschlagahnhmt werden konnten.

\*\* Drei Kinder von einer Granate zerrissen. Spielmende Kinder fanden auf dem ostpreußischen Exerzierplatz Beynothen bei Tilsit einen Blindgänger aus der Kriegszeit. Ein Junge brachte die Minengranate durch Stoßschläge zur Explosion. Drei Kinder wurden völlig zerrissen und waren sofort tot, ein vierter Kind ist schwer verletzt.

\*\* Die Explosionskatastrophe in Südmähren kann als beendet angesehen werden. Die telegraphische Verbindung mit der verüsteten Stadt Monastir läuft wieder. Der Brand, der in allen Straßen ausgebrochen war, ist wieder gelöscht und die Explosionen haben aufgehört. Eine Meldung besagt, daß die anfangs angegebene Zahl der Todesopfer zu hoch gegriffen sei.

\*\* Römisch-katholische Missionare in Russland. Zwischen dem Papst und den Vertretern der Räteregierung wurde ein Abkommen getroffen, wonach die Zulassung von römisch-katholischen Missionaren in Russland gestattet wird. Hoffentlich werden diese neuen christlichen Sendboten vor dem grausigen Schicksal vieler ihrer Glaubensbrüder im roten Rußland bewahrt.

\*\* Lady Astor auf der Verbrecherjagd. Lady Astor, das vielfach genannte erste weibliche Mitglied des Unterhauses, macht wieder einmal von sich reden, durch einen Vorfall, der ihrer Kaltblütigkeit alle Ehre macht. Als sie türkisch in der Halle ihres Schlosses in Plymouth saß, stand plötzlich ein Mann von wenig vornehmem Aussehen vor ihr, der sie mit heftigen Vorwürfen überhällte. Er erklärte wütend, daß er bereits zwei Gefängnisstrafen verbüßt habe, und daß er in wenigen Tagen ihrer wegen aus neuem ins Gefängnis müsse. „Sind Sie hergekommen, um mich zu töten?“ fragte Lady Astor ruhig. Ein entschlossenes „Ja“ war die Antwort auf die Frage. In der wichtigen Erkenntnis, daß jede Neuherzung von Furcht oder Angst nur dazu dienen kann, den Mann zu einem Angriff zu ermutigen, begann die mutige Dame mit dem unheimlichen Menschen ein ruhiges Gespräch, das auch den Erfolg hatte, den unheimlichen Menschen zum Verlassen des Hauses zu bringen. Er weigerte sich indessen beharrlich, seinen Namen und seine Wohnung anzugeben. Entschlossen, der Sache auf den Grund zu gehen, folgte Lady Astor dem Davoneilenden, der, als er sich beobachtet sah, zu rennen begann. Das tat auch seine Verfolgerin, und die wilde Jagd endete damit, daß der Verfolgte schließlich in einen Stall getrieben wurde, wo ihn Lady Astor fesselte. Bieder verfügte sie vergeblich, den Namen zu erfahren. Kaltblütig erklärte sie wiederholzt, daß er hier die günstigste Gelegenheit habe, sie ums Leben zu bringen, da seine Gefahr bestehé, daß er überrascht werden könnte. Durch diese Unerschrockenheit sah sich der Mann entwaffnet. Er rannte aus der Tür, immer von der Lady gesucht, und, nachdem er vergeblich in ein Haus gerannt war, durch dessen zweiten Ausgang er zu entkommen hoffte, ließ er schließlich einem Holländer, in die Hände, den Lady Astor bat, den

wann nicht zur Wahl zu bringen, sondern laufen lassen.

\*\* Rattenhaut als Sport. Wenn die Gelben nicht trügen, ist man in England auf dem besten Wege, die Jagd auf Ratten und Mäuse zu einem Modesport zu gestalten. Einige der englischen Landwirtschaftskammern haben bereits solche sportliche Hegeräte gegen die Ratten, die die Felder verwüsten, organisiert, und die Herren und Damen sind mit Eifer dabei, diesem Sport ein Feld zu erobern, das sich neben den landesüblichen Fuchs jagden zur Geltung bringt. Wie Sachkennern behaupten, sind diese Rattenhagen nicht minder reich an aufregenden Zwischenfällen als die Fuchs jagden, ganz abgesehen davon, daß sie mit der Vertilgung der schädlichen Nagetiere auch einen bedeutungsvollen hygienischen Zweck erfüllen. Die neue Mode gewinnt denn auch mehr und mehr an Boden. Kürzlich erst hat eine Dame der Gesellschaft eine große Rattenhaut mit Hundem und Freunden veranstaltet, mit dem Ergebnis, daß in kurzer Zeit 200 Ratten zur Strecke gebracht wurden.

\*\* Der Schachtelbraten. Ein höchst eigentümliches Gericht, das in Ägypten bei festlichen Gelegenheiten serviert wird, besteht aus einem Lamm, das im ganzen gebraten wird. In das Lamm wird ein Truthahn gesteckt, darein eine Henne, in die Henne eine Taube, in die Taube eine Wachtel und in die Wachtel eine Zugvogelart, die noch kleiner als der Haushuhn ist. Das Lamm wird am Spieß gebraten, und es gilt als eine große Kunst, den „Schachtelbraten“ so oft und so lange über dem Feuer zu drehen, bis alle Tiere durchgebraten sind.

\*\* Gefahren bei der Behandlung mit Radium. Mit Rücksicht auf die Gefahren, die den mit Radium Arbeitenden bedrohen, hat die Pariser Académie der Medizin einen Ausschuß einberufen, der sich mit der Frage geeigneter Schutzmaßnahmen befassen soll. Von den im Ausschuß vertretenen Radiumforschern sprach sich Prof. Bordier von der Universität in Lyon dahin aus, daß die hier drohenden Gefahren unglaublich größer seien, als die der Röntgenstrahlen. Während diese die verursachten Schäden sofort erkennen lassen, wirkt das Radium heimlich auf das Knochenmark und die Milz. Der Schaden, den der heimlich schleichende Feind im Körper anrichtet, bleibt dem Opfer bis zu dem Tage verborgen, an dem er seine Gesundheit durch die tödlich verlaufende Blutzerstörung untergraben sieht. Ungleich optimistischer äußert sich Dr. Béclère, der seit Jahren Radium in seiner Praxis im Pariser Krankenhaus Saint Antoine verwendet. Er ist der Ansicht, daß, wenn bestimmte Vorsichtsmaßregeln beachtet werden, die Gefahren auf ein Mindestmaß beschränkt werden können. Vor allem sollte der hölzerne Tisch, an dem der Operateur arbeitet, mit einer Bleiplatte überzogen werden; denn das Radium dessen Strahlen ohne weiteres durch das Holz dringen, vermag das Blei nicht zu durchdringen. Aus diesem Grunde muß auch der Kopf des Operateurs mit einer Bleikappe verdeckt sein, und er soll ferner eine Bluse tragen, deren Gläsern Bleiflasche eingesetzt sind. Werden diese Schutzmaßnahmen beobachtet, so sind nur die Hände der Gefahr ausgesetzt, und diese Gefahr wird dadurch leicht vermieden, daß man die Radiumflasche nicht mit den Händen berührt, sondern sich zu ihrer Handhabung geeigneter Instrumente bedient.

\* In Boulogne (Frankreich) wurden bei einer Explosion auf dem früheren englischen Truppenübungsplatz drei Personen getötet und drei verwundet.

\* Der Weltmeister Dempsey ist aus New York kommend, in London eingetroffen und hat sofort eine Herausforderung an alle europäischen Schwergewichtsbogemeister erlassen.

\* Der ehemalige englische Minister Churchill trug infolge eines Sturzes vom Pferde innere Verletzungen davon.

\* Ein Mitglied der amerikanischen Hilfsorganisation ist bei Samara im russischen Hungergebiet erschlagen und aufgefressen worden.

\* Der ehemalige Herzog Ernst August von Braunschweig wird mit seiner Gattin, der einzigen Tochter Wilhelms II., und seinen Kindern in der nächsten Zeit nach München überstellt.

\* Dem Kölner Philosophischen Institut, dessen Errichtung vom deutschen Episkopat geplant ist, sandte der Papst eine Belohnung von 200 000 Lire (über drei Millionen Mark).

\* Die Stadt Wesel beabsichtigt im August dieses Jahres eine dritte niederreinische Messe zu veranstalten.

\* Warnsdorf i. B. Die Folgen der hohen Valuta machen sich nunmehr sehr unangenehm bemerkbar. Die Firmen Bauer & Gerber und Wenzel Richter in Warnsdorf haben mit Beginn dieser Woche ihre Betriebe eingestellt. Bekanntlich ist ein großer Teil der Warnsdorfer Industrie auf den Export nach den österreichischen Nachfolgestaaten und nach dem Balkan angewiesen. Dieser Export ist seit dem Steigen der tschechischen Krone und durch weitere verschärzte Regulierungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete völlig unterbunden. Bisher war hauptsächlich Deutschland infolge seiner Marktentwertung der gefährlichste Konkurrent. Neuerdings tritt auch Polen auf den Plan, und zwar mit derartig niedrigen Preisen (für die selbst Fachleute keine ausreichende Erklärung finden), daß ein großer Teil des Marktes, den vor dem unsere nordböhmische Industrie beherrschte, bereits verloren scheint. So wird z. B. ein von hier stark exportiertes Zwirnhosenzeug von Lodzer Fabrikanten nach Wien franko verzollt in Waggonladungen zu 2800 deutsch-österreichischen Kronen, das sind rund 22 tschechische Kronen, pro Meter geliefert. Den hiesigen Fabrikanten kostet das zu einem Meter dieser Ware notwendige Rohgarn allein 23,08 Kronen. Bei solchen Preisdifferenzen, die wohl ihre Hauptursache in dem Valutaelend finden, muß wie die „Abwehr“ feststellt, in absehbarer Zeit die gesamte Warnsdorfer Textilindustrie zum Stillstand kommen, zumal der geringe Inlandsbedarf durch die vorhandenen Lager auf Monate hinaus mehr als reichlich gegeben ist.

\* Wohin kommt unser Zeitungspapier? Der neue Dampfer „Minden“ des Norddeutschen Lloyd hat eben im Hamburger Hafen 6000 Tonnen (also 120 000 Jentner) Zeitungsdruktpapiere geladen, mit denen er im Begriff ist, die Amerika nach Südamerika anzureisen. Inzwischen können wir hier über die Papiernot berichten, wie dieser abgeholzen werden kann.

## Der Herrenreiter.

Roman von Robert May.

(29. Fortsetzung.)

„Aber ruhig, über Hans Erich! Wenn wir mal beim Aussprechen sind, soll auch alles gesagt werden. — Der Unterschied zwischen uns ist nur der: ich bin ein Entgleister, wenigstens in euren, auch in meinen Augen. Und dazu ein armer Teufel, der nicht so viel andere Auswege hat wie du! Ich werde nicht den Finger um sie führen, um sie an mich zu laden: das verspreche ich dir. Kommt sie aber von selbst, so werde ich ihr sagen: Meine Liebe, kleine Edith — daß ich ein armer Entgleister bin, das wissen Sie. Das ich mich nicht in das Abenteuer einer Ehe ohne Geld — sagen wir: ohne viel Geld stürzen kann, ist ganz klar. Also — wenn Sie's daraufhin mit mir wagen wollen . . .“

„Was würdest du sagen?“

„Würde ich sagen — Ehrenwort! Willst du es eben machen?“

Hans Erich lächelte unglaublich, verzerrt, nerds. Ganz ratlos blieb er bald auf die Zigarette, bald auf den alten Kameraden.

„Na — jedenfalls willst du dich nicht zurückziehen.“

„Nein — aber auch keine Attacken reisten! Das verspreche ich dir. Uebrigens streiten wir uns um des Kaisers Part. Diese junge Amerikanerin ist tug und besonnen, wie sie alle sind. Sie flirrt mit dem einen und nimmt den anderen, der ihr eine Position bietet. Oder am Ende vielleicht — das ist sogar das wahrscheinlichste — einen aus der Fifth Avenue. — Berzelius, da scheint man nach mir zu rufen. Du siehst, man kann mich hier nicht entbehren.“

Und mit einem leichten Kopfnicken schlenderte er davon. Sollte er etwa noch den Brautwerber für diesen Glückbegünstigten machen und den Boltengangs ein goldenes Fundament bauen? Nun gerade! Pech im Spiel — Glück in der Liebe! Vielleicht warf ihn das Schicksal mit seiner großen Schleuder, die zwei kleine Frauenhände regierten, auf seine alte Bahn zurück, der es ihn so jäh entrissen.

Wenige Tage später kam Gladys aus Newport zurück.

Sie wollte denn doch nicht das große Vierzigtausend-dollar-Kennen, den sogenannten Oceanpreis, versäumen, bei dem der neue Graf seinen neulichen Sieg erneuern sollte.

Mister von Umstiel könne sich nun leider tagelang nicht dem Unterricht der lieben Edith widmen; aber sie stelle ihr ihren zweiten Vereiter zur Verfügung.

Die liebe Edith dankte freundlich. Sie sei auch gerade in diesen Tagen so beschäftigt.

Am Sonntage — der Graf belegte diesmal nur den zweiten Platz — stieß sie im Wiegħaus auf Dietrich. Sie hatte sich mit List und Vorsicht herangepeitscht, als Gladys gerade mit ihrem Jockeypack verhandelte.

„Denken Sie, unsere Reitstunden werden eine Unterbrechung erleben müssen.“

„Weshalb denn? Lust verloren?“

„Wo denken Sie hin — mehr als sel. Pa und Ma wollen durchaus, daß ich sie auf der Yacht begleite . . . Kleiner Trip an der Küste.“

„Na, das muß doch sehr amüsant sein.“

„Vah . . . ich ziehe die Reitstunden und unsere Villa vor. Ihr Freund ist übrigens eingeladen.“

„Hans Erich! — Schau, schau! Da steht er also jetzt in Kunst bei Ihren Eltern.“

„Ja! — Sie seufzte komisch. „Das ist immer so, wenn sich die Tochter nichts aus ihm macht.“

„Um . . . wird so schlimm nicht sein! Schließlich kommt's doch, wie es kommen soll.“

„Oho! — Das kleine, zierliche Persönchen versuchte, sich fertiggerade aufzurecken. „Man hält mich für süßsamer, als ich bin. Ich bin imstande, einen dummen Streich zu machen.“

„Na, na — wirklich?“

„Haben Sie unser Gespräch von neulich vergessen?“

„So etwas vergibt man doch nicht.“

„Da kommt Gladys. Also — wir müssen noch einmal ausreiten. Ich muß mit Ihnen — mit Ihnen weiter plaudern.“

„Vor übermorgen nicht möglich!“

„Gut — ich schreibe Ihnen. Good bye, Dietrich!“

„Good bye, Edith!“

Dietrich pfeffte leise vor sich hin. Mir scheint, mein lieber Hans Erich, deine Chancen stehen schlecht. Wer hätte dem kleinen Püppchen so viel Energie zugetraut!

• • •

Gladys stand vor dem Schreibstisch ihres Arbeitszimmers zu Godwin-Court, das man ebenso gut für das Zimmer eines Gentlemen hätte halten können.

Eben hatte der Rigger die Morgenpost gebracht.

„Was hast du noch?“

„Briefe für das Beamtenhaus und den Stall.“

„Belg her!“

Er grinste sie an. Das war doch sonst nicht die Art der Herrin.

„Leg nur dahin!“

Als der Schwarze gegangen war, wählte sie nerös in den Briefschäften, aus denen sie ein großes, blaßblaues Kuvert mit zitternden Händen herauszog.

Sie zögerte einen Moment; dann öffnete sie entschlossen mit dem Radiermesser die nur lose verschlossene Klappe.

„Lieber Mister Dietrich!“

Sie müssen sich morgen für einen größeren Spazierritt freihalten. Ich rechne bestimmt darauf, daß es vor meiner Abreise der letzte sein dürfte.

Es grüßt Sie Ihre

Edith Guttermann.“

(Fortsetzung folgt.)